



Teilnehmer der Gründungsveranstaltung des Aktionsbündnis Münsterland gegen die Freihandelsabkommen.

BREXIT ein Exitus?!

Referendum im britischen Königreich - große Sprengkraft für die Europäische Union!

Am 23. Juni 2016 geht es in Großbritannien um die Entscheidung. In einem Referendum sollen seine Bürger sich entscheiden, ob sie für oder gegen (Brexit) den Verbleib ihres Landes in der EU sind. Auf einem Gipfel der 28 EU-Staaten am 20.2.2016 wurde direkt unter dem Tagesordnungspunkt zwei ein Deal mit David Cameron, dem britischen Premierminister, geschlossen. Das vereinigte Königreich hatte bisher schon immer eine Sonderposition in der Europäischen Union inne. Verhandelt wurde lange und zäh über die britischen Wünsche nach Sonderrechten in der Sozialpolitik, bei Finanzmarktregulierungen und Reformen bei Institutionen der EU. Man kam von Seiten Brüssels den Wünschen Camerons sehr weit entgegen, auch und vor allen Dingen in der Hoffnung einen Austritt der Briten aus der EU zu verhindern. So wird Großbritannien mit den vier neuen Vereinbarungen unter anderem das Recht eingeräumt, Sozialleistungen für EU-Ausländer in den ersten vier Jahren ihres Aufenthalts in GB nicht zu zahlen, das heißt unter anderem, bei Arbeitslosigkeit keine Sozialunterstützung zu gewähren und gegebenenfalls ebenfalls

das Kindergeld an die Lebenshaltungskosten in Großbritannien anzupassen. Diese Regelungen haben in anderen Teilen Europas das Begehren geweckt, solch eine Regelung auch in anderen europäischen Staaten einzuführen. Diese Vereinbarungen können eine erhebliche Auswirkung auf die auseinanderstrebenden einzelnen europäischen Staaten haben. Zur Zeit gibt die EU ein „kakophonisches Konzert in Moll“ unter der gleichzeitigen Leitung von 28 Dirigenten. Jeder setzt seine Tempi wie er will und alle machen mit. Solcherlei Mißklänge sind in den Ohren der nationalistischen Kräfte der einzelnen Länder wie der Gesang der Sirenen. Nur keiner hilft Europa, diese gefährliche Klippe des Auseinanderbrechens zu umschiffen.

Die Bürger Europas und die Anhänger der europäischen Idee sind in der Mehrheit. Zur Zeit allerdings in einer Art schweigenden Mehrheit. Es gilt jetzt dafür zu sorgen, dass nicht noch mehr Kräfte an Europa nagen.



London

Aktionsbündnis Münsterland steht!

Mehr als 20 Organisationen und Parteien bilden das neue Bündnis im Münsterland

Am 11.2. trafen sich 45 Vertreter verschiedener Organisationen und Parteien in Nottuln, um ein Bündnis gegen die drei Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA zu gründen. Sie kamen aus den vier Münsterlandkreisen und der Stadt Münster. Reinhold Hemker, einer der Teilnehmer und Initiatoren des Bündnis, war der Meinung, dass es an der Zeit wäre, etwas gegen diesen Wahnsinn in Form von Freihandelsverträgen zu unternehmen. Als

ersten Schritt konnten die Anwesenden die „Nottulner Erklärung“ zu CETA, TTIP und TiSA unterschreiben. Dieses Papier skizziert die Konflikte der Abkommen mit den Demokratien der beteiligten Länder. Sechs Koordinatoren des Bündnis werden am 3.3.2016 zusammenkommen, um eine Arbeits- und Organisationsplattform für das Bündnis zu erstellen und weitere für die Zusammenarbeit wichtige Punkte abzuklären. -imgo-

Was bedeuten die Kürzel?

CETA = Comprehensive Economic and Trade Agreement

TTIP = Transatlantic Trade and Investment Partnership

TiSA = Trade in Services Agreement

CETA ante Portas

Demokratie-Gefährdung in höchster Vollendung

Im alten Rom war es ein Schreckensruf: „Hannibal ante Portas“ (Hannibal vor der Toren). Was die Römer vor mehr als 2000 Jahren erschreckte, könnte heute wieder, allerdings in abgewandelter Form, geschehen: das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada steht bereit, im Jahr 2016 von den Nationalparlamenten der einzelnen EU-Staaten ratifiziert zu werden. Viele nennen dieses Papier auch „Blaupause für TTIP“. Viele Punkte des Abkommens sind mit Paragrafen des TTIP-Vertrages identisch, wenn auch nicht vollständig. Seit 2009 wurde unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit zwischen der EU und Kanada geheim verhandelt. Das Ergebnis lässt sich mit einem Wort kaum beschreiben: katastrophal. Erst mit der Veröffentlichung in 2014 ließ sich die ganze Wucht der Katastrophe, die auf unsere Länder zukommt, erkennen. Einer der schwerwiegendsten Punkte ist die Einführung der Schiedsgerichte, eine Paralleljustiz, genau wie in TTIP vorgesehen. Private Schiedsgerichte verdrängen unsere

staatliche, bewährte Justiz, die keine Chance mehr haben wird, einmal gefällte Urteile der privaten Schiedsgerichte zu korrigieren. Alles wird dem Handel und dem Gewinn der Konzerne zum Nachteil von uns Bürgern untergeordnet. Wer sich das hat einfallen lassen, dem war angesichts der Sprengkraft für unsere demokratischen Verfassungen in der EU und Kanada klar, dass darüber nur geheim verhandelt werden durfte. Dagegen sind die Fragen nach einheitlichen Farben für Autoblinder oder das berühmte Chlorhühnchen nur Makulatur. Mit der Aushebelung der Justiz durch die Ratifizierung von CETA und später TTIP sind die Belange der Menschen in den einzelnen Ländern nur noch zweitklassig und zunehmend bedeutungslos. Freihandelsverträge, die so konzipiert sind, haben die erklärte Absicht dem Handel und den Dienstleistungen alles zu gewähren, was ihren Gewinnbestrebungen entgegenkommt. Berechtigte Ansprüche der Bürger nach Selbstbestimmung und Demokratie werden unmöglich gemacht. -Alexis-

Wer TTIP, CETA und TiSA nicht will, muss aktiv werden

Das Vertrauen in unsere Politik ist erheblich gestört. Zwar gibt es hin- und wieder mal den Versuch, die Vertragsverhandlungen von Seiten des EU-Parlamentes positiv zu beeinflussen, allerdings kann das Parlament in Brüssel der EU-Kommission nur Empfehlungen geben, wie der Vertragstext verändert wer-

Es gibt zwei Wahrheiten:

Erstens: CETA, TTIP und TiSA sind für Demokratien ungefährlich
Zweitens: die Erde ist eine Scheibe.



Am 14.1.2016 war Professor Dr. Bontrup zu einem Vortrag über die Freihandelsverträge TTIP und CETA in der alten Amtmannei vor 187 Zuhörern zu Gast. Im Rahmen der Informationskampagne zu den Freihandelsverträgen werden in diesem Jahr weitere Experten zu Worte kommen. Wir werden rechtzeitig darüber informieren.



24.4.2016 - Fahrt zur Großdemo in Hannover anlässlich des Besuchs von Barack Obama auf der Hannover Messe. Thema der Veranstaltung wird das Freihandelsabkommen TTIP sein. Mitfahrer Infos rechtzeitig unter www.attac-coe.de.

Impressum

Herausgeber:

Joachim F. Gogoll für Attac-COE

Redaktionsanschrift

Büro:

Detmolder Straße 9
45896 Gelsenkirchen

E-Mail:

[jfgogoll\(at\)aol.com](mailto:jfgogoll(at)aol.com)

den kann. Eine Empfehlung ist für die Vertragsverhandlungen nicht bindend. Warum eigentlich ist man in Europa so scharf darauf, diese Verträge überhaupt abzuschließen. Als einzige rationale Antwort darauf könnte man nur den Willen der an den Verhandlungen Beteiligten benennen, das Wohl der Menschen sowohl dem Gewinnstreben des Handels als auch der Dienstleistungen unterzuordnen. Wenn auch die Befürworter des Freihandels versuchen, andere Gründe ins Feld zu führen. So behaupten sie, dass die Verträge die Zahl der Arbeitsplätze

erhöht und nennen eine Zahl von 10000 Plätzen pro Jahr. Wenn man bedenkt, dass allein der Arbeitsplatzverlust durch die Schließung des Opelwerkes in Bochum ca. 25000 einschließlich der Zulieferer in Bochum betragen hat, dann ist diese Zahl nur ein schlechter Witz. Die Exportsteuern von EU in Richtung USA und umgekehrt (3,5%, 5,5%) sind keine nennenswerte Behinderungen im Handel. Rote oder gelbe Blinker an KFZ? Wirklich? Handel und Dienstleistungen machen sich die Staaten untertan! Das ist der Sinn!!! -Alexis Goll-

Schiedsgerichte in CETA und TTIP

ISDS - die Gefahr für unseren Rechtsstaat

ISDS! Anders als mancher denken möge, steht dieses Kürzel für Investor-Staat-Schiedsverfahren. Immer dann, wenn Freihandelsverträge paraphiert werden, taucht dieser Begriff auf. TTIP, CETA und TiSA waren nicht die ersten und werden nicht die letzten Abkommen sein, die mit solchen Klauseln versehen sein werden. ISDS steht für eine internationale Privatisierung der Rechtssprechung. Sie ersetzen die staatliche, neutrale Justiz zu gunsten privater Schiedsgerichte. Unter dem Begriff „Investorenschutz“ beinhaltet dieser Paragraph, dass Firmen Staaten verklagen können, wenn sie der Meinung sind, dass Ihnen durch Gesetzgebungen oder bei Veränderungen von Handels- und Umwelstandards Gewinne entgangen sind. In früheren Verträgen zwischen Industriestaaten und Schwellen- und Entwicklungsländern, sollte dieser Paragraph den Unternehmen Rechtssicherheit verschaffen, nach irgendwelchen getätigten Investitionen eine Garantie auf Rückzahlung zu haben. Wer bestimmt nun, wer in dieser Art von Schiedsgerichten sitzt? Die Justiz der jeweiligen Länder jedenfalls nicht. Diese haben mit der Rechtssprechung nichts zu tun. Diese Art von Sondergerichten kann zum Beispiel aus drei Rechtsanwältinnen bestehen, von denen je einer vom Staat und dem klagenden Unternehmen benannt wird. Der dritte „Schiedsrichter“, ein Anwalt, wird von beiden Seiten bestimmt. Solche Verfahren haben nur die Aufgabe, mögliche

Entschädigungen für Unternehmen zu prüfen, die von Erlassen oder Gesetzen der jeweiligen beteiligten Staaten betroffen sind. Sollten die Schiedsgerichte mehrheitlich zu der Überzeugung gekommen sein, dass dem Unternehmen ein Schaden entstanden ist, so können sie die Schadensersatzforderungen gegen die Staaten durchsetzen. Die Gesetze und Regelungen, die zu solchen Ansprüchen geführt haben, können sie mit ihren „Urteilen“ nicht rückgängig machen. Der Staat, der zu Schadensersatzzahlungen verurteilt wurde, kann dagegen keine Berufung einlegen. Schlussfolgerung daraus: Unternehmen planen ihren Gewinn und können ihn dann einklagen. Wir, der Staat dürfen das dann nach einem Schiedsgerichtsverfahren mit unseren Steuergeldern bezahlen. Und keine Justiz kann uns davor schützen. ISDS wird eine unabhängige Gesetzgebung zum Wohl und Schutz der Menschen unmöglich machen, weil jede Regierung befürchten muss, durch Schiedsgerichte belangt zu werden. Das nenne ich eine Form von Glückspiel,



bei der die Unternehmen die Karten des Gegenübers schon im Voraus kennen. Das Casino ist eröffnet.-im-

Wer für seine Überzeugungen kämpft, kann verlieren - wer nicht kämpft hat schon verloren!

noch Fragen?

www.attac-coe.de

Wieso eigentlich?

Kommentar Joachim F. Gogoll

Man muss sie nicht tolerieren! Man muss sie nicht verstehen! Allerdings muss man sie ernstnehmen! Zumindest als die größte Bedrohung unserer Demokratie und Toleranz, diese ganzen GIDAS! Ob PE- oder LE- oder DÜ, immer wenn so etwas in der Presse auftaucht verheißt es nur Dummheit, Borniertheit und Rassismus, also nichts Gutes. Dazu passend der politische Arm dieser nationalistischen Pampe, die AfD. Schon Kurt Schumacher, der legendäre Vorsitzende der SPD sagte: Toleranz für die Toleranten, aber Nulltoleranz für die Intoleranten. Die AfD und die GIDAS dieser Republik erfüllen offenbar die Sehnsüchte der Ewiggestrigen in unse-

rem Land. PEGIDA/AfD ist der natürliche Wurmfortsatz der neoliberalen Ökonomie, die immer nur die Stärksten vertritt und ermuntert, rücksichtslos die Ellenbogen einzusetzen. Die Folge ein übersteigter Egoismus auf der Seite der Gewinner und auf der Seite der Verlierer ein übersteigter Hass auf alles Fremde. Man nehme die Thesen der Stammtische dieser Republik, vermische sie mit denen der GIDAS und der AfD und schon haben wir eine ekelhafte, braune und stinkende Brühe, die sich anschiebt die Gehirne, sofern vorhanden, zu vernebeln und den Boden für Ausgrenzung, Demokratie, Fremdenhass

und Rassismus zu bereiten. Solche dann in der Öffentlichkeit agitierenden und gewalttätig Handelnden ergeben dann das Bild einer hässlichen Fratze in diesem Land. Mit Verboten kommt man solchen widerlichen Verhaltensmustern nicht bei. Wenn es stimmt, dass es immer schon einen festen Bodensatz von 10% Rechtsradikalen in unserem Land gibt, dann müssen dringend alle Demokraten beginnen, mit Argumenten gegen diese Pest vorzugehen. Nichts ist leichter, als dass man die Ewiggestrigen mit ihren eigenen Mitteln argumentativ angeht. Natürlich muss man sich als Demokrat dann mal aufraffen, bei allen sich bietenden Gelegenheiten im Privaten und auf Demos gegen solche, jeder Logik wider-

sprechenden Thesen, zu argumentieren, auch wenn ich zugebe, dass das manchmal nicht leicht ist. Aber wenn es gelingt unter denen, die sich solchen Gruppen anschließen, den einen oder anderen von demokratischen und toleranten Ideen zu überzeugen, dann haben wir die Chance, zumindest diejenigen zurückzuholen, die sich in erster Linie aus einer für sie bedrohlich scheinenden Angst vor dem Unbekannten herauszuholen.

Noch Fragen? Kontakt unter:
www.attac-coe.de